



Anne Haberstroh spricht auf der Kundgebung von Zukunft Heimat vor dem Blechen Carré in Cottbus, 20. Januar 2018.

Foto: Presseservice Rathenow.

DIE SPRACHE DER „ASYLKRIK“

EINE ANALYSE DER REDEN BEI ZUKUNFT-HEIMAT-KUNDGEBUNGEN IN COTTBUS

Seit 2013 hat sich in der Bundesrepublik eine Bewegung formiert, die die Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik der Bundesregierung zum Anlass für politischen Protest nimmt. In den Dresdner *Pegida*-Demonstrationen fand sie einen ersten Höhepunkt, mit zahlreichen lokalen beziehungsweise regionalen „Nein-zum-Heim“-Kundgebungen in den Jahren 2015 und 2016 gewann sie an Breite. Seit 2017 ist das Protestgeschehen etwas abgeflaut, allerdings zeigen Mobilisierungen wie „Kandel wehrt sich“ und „Marsch der Frauen“, dass die Bewegung weiterhin handlungsfähig ist. Die empirische Erforschung dieser Protestbewegung steht am Anfang. Während der *Pegida*-Demonstrationen wurden einige Teilnehmerbefragungen durchgeführt, die Auskunft über die soziale Zusammensetzung der Protestierenden gaben.¹

Die Aussagekraft von Untersuchungen mit Hilfe dieser bislang gut bewährten Methode der Protest- und Bewegungsforschung wurde jedoch kritisch diskutiert. Es erwies sich als besonders schwer, belastbare Zufallsstichproben zu ziehen, und ein taktisches Antwortverhalten der Befragten erzeugte einen verzerrenden Bias. Protestforschung sei mithin im Falle von *Pegida* an ein „Limit“ gekommen.²

Die vorliegende Studie nähert sich den aktuellen Protesten mit einer anderen Methode. Am Beispiel einer Demonstrationenkampagne in Cottbus haben wir die dort gehaltenen Reden analysiert, um die politische Ausrichtung der Versammlungen zu ermitteln. In der wissenschaftlichen Diskussion um die aktuellen Protestereignisse spielten Wortbeiträge bisher eine untergeordnete

¹ Vgl. Daphi et al. (2015), Geiges et al. (2015), Patzelt et al. (2016), Institut für Demokratieforschung (2016) und Vorländer et al. (2016).

² Daphi et al. (2015: 53) artikulieren die „starke Annahme“, dass ihre Befragung unter „deutlichen Verzerrungen“ leide. Ähnlich Geiges et al. (2015: 40ff.).

Rolle,³ obwohl sie als öffentliche Texte einer Analyse prinzipiell zugänglich sind und unmittelbare Auskünfte über die Ausrichtung dieser Proteste geben. Mit einer Rede kann ein politisches Anliegen artikuliert und begründet werden, sie ist ein Ausdruck der politischen Position der aufrufenden Organisationen und lässt in der Regel auch Rückschlüsse auf die Position der Teilnehmenden zu. Typischerweise ist sie handlungsorientiert und enthält eine Diagnose gesellschaftlicher Realität, aus der heraus die Forderung nach Einführung oder Vermeidung bestimmter politischer Praktiken abgeleitet wird.

Die hier untersuchten Reden wurden bei Protestveranstaltungen gehalten, die in einem klar eingrenzba- ren zeitlichen Rahmen und am selben Ort von gleichbleibenden Veranstaltern zu gleichbleibenden Themen für ein ähnliches Zielpublikum ausgerichtet wurden. Wie diese Demonstrationen in Szene gesetzt werden, mit welcher inhaltlichen Ausrichtung zu rechnen ist, all dies ist den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei einer solchen Demonstrationenkampagne durch eigene Anschauung, durch Medienberichte oder durch Hörensagen tendenziell vorab bekannt. Die Teilnehmenden wissen ungefähr, was sie erwartet.

Konkret wurden für die vorliegende Studie die Reden im Rahmen der Demonstrationenkampagne des Vereins *Zukunft Heimat* in Cottbus untersucht. Seit Mai 2017 finden in Cottbus regelmäßig Demonstrationen statt, die von diesem Verein ausgerichtet werden und deren zentraler mobilisierender Anlass die Aufnahme von Flüchtlingen ist. Auf der einen Seite wird dem Verein eine „asylkritische Ausrichtung“⁴ attestiert. Dem steht die Annahme entgegen, es handle sich bei den Versammlungen in Cottbus um rechtsextreme Veranstaltungen.⁵

Aus dieser kontroversen Bewertung ergibt sich die forschungsleitende Frage unserer Studie: Welche Inhalte werden bei den Protesten auf welche Art transportiert? Systematisch wurden dazu die drei Darstellungsfelder politischer Reden erfasst: (a) die Art der Sachdarstellung (des adressierten Problems), (b) die Selbstdarstellung (der Redenden und der Protestierenden) sowie (c) die Gegnerdarstellung (wer aus welchen Gründen für das Problem verantwortlich gemacht wird). Welche Bilder von Gesellschaft und von gesellschaftlichen Konflikten werden aufgerufen? Wie werden Flüchtlinge, die Politik, die Proteste selbst, und wie werden weitere Akteure dargestellt?

Auf dieser Grundlage wird diskutiert, inwieweit die Reden inhaltlich dem Phänomenbereich des Rechtsex-

tremismus zuzuordnen sind. Im amtlichen Gebrauch wird dafür ein Arbeitsbegriff verwendet, der besonders den Gegensatz zum Grundgesetz betont und darüber hinaus hervorhebt, dass in rechtsextremen Kreisen die Auffassung vorherrsche, „die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen“.⁶ Die vorliegende Studie orientiert sich am politikwissenschaftlichen Rechtsextremismusbegriff. Weit verbreitet und anerkannt ist die Definition von Hans-Gerd Jaschke. Demzufolge beschreibt Rechtsextremismus die

„Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen (...), die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschheit ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen [... sowie den] Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen“.⁷

Der österreichische Politikwissenschaftler Willibald Holzer spezifiziert typische politische Diskurse und Forderungen, die mit Rechtsextremismus verbunden sind: Als zentrale Idee „figuriert die Annahme natürlicher Ungleichheit“, dazu wird das Volk als „lebendiger Organismus“ gedacht, das den „Rahmen für den Erhalt völkisch-kultureller Identität und traditionaler Lebenszusammenhänge“ biete. Der Rechtsextremismus behaupte, „der völkische Organismus“ sei „durch Präsenz und Zustrom von Fremden biologisch wie kulturell infiziert“. Derartige „Umvolkungs“-Prozesse stellten für rechtsextreme Akteure das Ergebnis eines planvollen Handelns politischer Gegnergruppen dar. Es gelte, sie zu stoppen und eine „Entmischung“ einzuleiten.⁸

Primäre Quelle für die Analyse sind alle Wortbeiträge bei den insgesamt 14 von *Zukunft Heimat* zwischen dem 30. Mai 2017 und dem 24. Februar 2018 in Cottbus veranstalteten Demonstrationen. Ausgenommen ist eine Versammlung von *Zukunft Heimat* am 26. September 2017, für deren Auswertung nicht ausreichend Aufzeichnungen vorlagen. Eine Kundgebung am 19. September 2017, bei der *Zukunft Heimat* mit Rücksicht auf den Bundestagswahlkampf zugunsten der Alternative für Deutschland (AfD) als Veranstalterin zurücktrat, bleibt hier ebenfalls unberücksichtigt.

Von allen Versammlungen, bis auf die genannten Ausnahmen, wurden von verschiedenen Personen Bild- und Tonaufzeichnungen angefertigt und über Kanäle wie Facebook und Youtube veröffentlicht, zumeist um für die Anliegen der Veranstalter zu werben. Diese Mitschnitte sind mit Bezug auf die Redetexte in der Regel vollständig.

3 Vgl. für Dresden Patzelt et al. (2016); für Nürnberg Mair (2015); für die AfD-„Herbstoffensive“ 2015 Geiges (2018).

4 Vgl. etwa Landtag Brandenburg (2018).

5 Sächsische Zeitung (2018).

6 Bundesministerium des Innern (2013: 52).

7 Jaschke (1994: 31).

8 Holzer (1993: 34f).



Christoph Berndt und Anne Haberstroh
in Cottbus, 20. Januar 2018.

Foto: Presseservice Rathenow.

Zusätzlich konnte auf eigene Dokumentationen zurückgegriffen werden. Insgesamt standen 9:02 Stunden Aufzeichnungen von Redebeiträgen zur Verfügung. Von allen der darin dokumentierten 69 Wortbeiträge (Reden und kürzere Ansprachen) wurden schriftliche Zusammenfassungen angefertigt und ausgewählte Passagen transkribiert.⁹

Die Sichtung der Redebeiträge beinhaltete eine Unterteilung der einzelnen Redepassagen nach Sinnzusammenhängen. Die Passagen wurden nach den Darstellungsfeldern (Sach-, Selbst-, und Gegnerdarstellung) kodiert, an die ein Katalog von induktiv aus dem Material gewonnenen Stichwort-Kategorien und Subkategorien angeschlossen war (etwa: „Flüchtlinge“, „Wirtschaftsflüchtlinge“). Im Verlauf der Sichtung wurde dieser Katalog ergänzt und verfeinert. Die Attributierung der einzelnen Aussagen wurde bei der Kodierung im Kategoriensystem notiert (zum Beispiel: „Politikerhandeln“ als „korrupt“, „fahrlässig“, „arrogant“). Dadurch entstand ein deskriptives System, welches die Themen, die Gegenstand von Reden waren, sowie ihre Bewertung erkennbar werden ließ. Es ergaben sich Cluster von jeweils typischen Sinnzusammenhängen und Zuschreibungen. Innerhalb der Cluster wurden exemplarisch einzelne Passagen wörtlich transkribiert und nach sprachlichen Stilmitteln (Bildsprache, Euphemismen, Hochwertwörtern und ähnlichem) gesichtet. Die Reden wurden in chronologischer Reihenfolge aufgeschlüsselt und mit einem Kürzel versehen (siehe Anhang).¹⁰

⁹ Alle entsprechend ausgewiesenen Zitate entstammen dem Korpus der eigenen Transkriptionen, die durch die EJGF dokumentiert wurden.

¹⁰ Eine vollständige Aufschlüsselung der Reden findet sich auf der Homepage der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle.

KONTEXT

Der Verein Zukunft Heimat

Der Verein *Zukunft Heimat* wurde am 2. August 2015 in Golßen gegründet, einem etwa 60 Kilometer nordwestlich von Cottbus im Landkreis Dahme-Spreewald gelegenen Ort. Die beiden Vorsitzenden sind der 61-jährige Mediziner Christoph Berndt und die 32-jährige Friseurin Anne Haberstroh. Beide gehörten bereits der *Bürgerinitiative Pro Zützen* an, aus der *Zukunft Heimat* hervorging. Diese hatte sich im Frühjahr 2015 formiert, um gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in dem Golßener Ortsteil Zützen zu protestieren. Die Initiative wandte sich gegen Massenunterkünfte und forderte eine nach der Einwohnerzahl proportionale Aufteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen im Landkreis.¹¹ Im Unterschied zur Bürgerinitiative traten bei *Zukunft Heimat* sachorientierte Argumentationen hinter eine grundsätzliche Programmatik zurück, in der den Begriffen „Grenze“ und „Heimat“ zentrale Bedeutung zukommt. In einem Rückblick auf das einjährige Bestehen fasste der Verein 2016 seinen Standpunkt zusammen:

„Immer deutlicher treten die verheerenden Folgen der Miss- und Verachtung von Grenzen und der damit zusammenhängenden Diskreditierung und Infragestellung unserer ‚Heimat‘ zu Tage. Heimatlos zu sein, bedeutet verloren zu sein. ‚Weltbürger‘ und ‚Menschheit‘ sind

¹¹ Vgl. Berg (2015), Keilbach (2015). In Golßen existiert, im Kontrast zur ablehnenden Haltung durch Pro Zützen, eine in der Flüchtlingshilfe lebhaft engagierte örtliche Bürgerschaft.

abstrakte Begriffe, aber unser Leben spielt sich in konkreten Umgebungen ab. Heimat finden wir in unserem Nationalstaat; in einem Weltstaat wären alle fremd. Eine Zukunft ohne Heimat wäre unmenschlich.“¹²

Am 31. Oktober 2015 veranstaltete der Verein eine erste Demonstration mit etwa 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Lübbenau. Die Stadt im Nachbarlandkreis wurde gewählt, weil in einem Ortsteil – ähnlich wie in Zützen – Bürgerinnen und Bürger gegen die Unterbringung von Flüchtlingen protestierten.¹³ Daran schlossen sich weitere Demonstrationen in Klein- und Mittelstädten im Süden Brandenburgs an, in denen ebenfalls eine Unterbringung Geflüchteter geplant wurde. In der Regel beteiligten sich daran einige hundert Personen. Kennzeichnend für diese Versammlungen war eine aktive Beteiligung verschiedener Akteure des rechten Spektrums:

„Auf den Demonstrationen haben wir Bürgerinitiativen aus Brandenburg (Bad Liebenwerda, Mittenwalde, Rathenow) und Sachsen (Einsiedel, Bautzen), Vertreter der AfD, von Compact und Ein Prozent gehört und uns von Identitären aus Berlin aufmuntern lassen.“¹⁴

Neben diesen Protesten mobilisierte *Zukunft Heimat* seine Anhängerinnen und Anhänger auch im Zusammenhang mit dem Bau eines Radweges von Golßen nach Zützen¹⁵ und sammelte Spenden für ein Tierheim in dem Ort Märkisch Buchholz. Diese Aktionen versieht der Verein mit dem Attribut „Heimatliebe“.¹⁶

Das Demonstrationsgeschehen

Bei der ersten Cottbuser Kampagnendemonstration von *Zukunft Heimat* versammelten sich am 30. Mai 2017 etwa 350 Personen unter dem Motto „Grenzen ziehen: Sichere Grenzen – sichere Stadt“ an der Oberkirche in Cottbus und zogen anschließend durch die Innenstadt. Von einer Unterbrechung im Oktober 2017 abgesehen, fand bis zum Ende des Jahres alle zwei Wochen eine solche Demonstration statt. Dadurch war Cottbus mit elf Demonstrationen und Kundgebungen 2017 der Schwerpunkt der Proteste im Land Brandenburg, die sich gegen die Asyl- und Migrations-

politik richteten.¹⁷ Während die Teilnehmerzahlen 2017 in der Regel bei 300 bis 400 Personen lagen, beteiligten sich an einer Demonstration am 20. Januar 2018 erstmals deutlich über 1.000 Personen. Die Versammlung fand vor dem Einkaufszentrum Blechen-Carré statt, wo sich in der Woche zuvor zwei Vorfälle ereignet hatten, die breit diskutiert wurden und in Teilen der Cottbuser Bevölkerung Besorgnis erregten. Zuerst hatte ein jugendlicher Flüchtling ein Ehepaar bedroht. Wenige Tage später fügte ein anderer jugendlicher Flüchtling einem minderjährigen Deutschen Schnittwunden im Gesicht zu. In beiden Fällen waren Messer im Spiel. Bei den darauffolgenden Versammlungen stieg die Beteiligung deutlich an.¹⁸

Die Versammlungen in Cottbus laufen in der Regel nach einem festgelegten Muster ab. Die Vereinsvorsitzende Anne Haberstroh tritt regelmäßig (mit Ausnahme einer Demonstration, bei der sie verhindert war) als Leiterin der Versammlungen auf. Sie stellt sich vor, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und liest die polizeilichen Auflagen von ihrem Smartphone ab. In der Regel dankt sie der Polizei. Dann ruft sie dazu auf, friedlich zu demonstrieren. Anschließend führt sie durch die Versammlung und stellt Rednerinnen und Redner vor. Als Bühne dient dabei die Ladefläche eines Geländewagens, an dem ein Banner mit der Aufschrift „Wie wollen wir in unserer Heimat leben?“ befestigt ist. Es werden mehrere Reden gehalten, die von den Kundgebungsteilnehmern je nach Dynamik des Auftritts mit Beifall und Rufen begleitet werden. Wiederkehrend skandieren Demonstrantinnen und Demonstranten an ihnen geeignet erscheinenden Stellen die folgenden Parolen: „Abschieben!“, „Widerstand!“, „Lügenpresse!“, „Merkel muss weg!“, „Volksverräter!“ sowie „Wir sind das Volk!“.

Nach zwei bis drei Reden kündigt Haberstroh einen „Spaziergang“ an und fordert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf, die von *Zukunft Heimat* bereitgestellten Schilder aufzunehmen. Auf den Schildern, die von Demonstrantinnen und Demonstranten dann hochgehalten werden, steht in großen Lettern: „Faxen dicke“, „Schnauze voll“ und „Grenzen dicht!“. An der Spitze des Zuges wird häufig ein Banner mit der Aufschrift „Wenn eine Regierung ihr Volk austauschen will, muss das Volk seine Regierung austauschen“ getragen.¹⁹ Nach dem relativ kurzen Rundgang durch

12 Zukunft Heimat (2016). Vgl. auch das Interview mit Christoph Berndt in der rechtsextremen Zeitschrift Zuerst!: „Kein Sprint – ein Marathonlauf!“ (Zuerst! 2018).

13 Vgl. Wendler (2015).

14 Zukunft Heimat (2016).

15 Protestanlass für Zukunft Heimat war, dass der kommunal beschlossene und geplante Baubeginn für den Radweg sich wegen naturschutzrechtlicher Probleme verzögert hatte. Vgl. Berg (2017), Hoberg (2016).

16 Zukunft Heimat (2016).

17 Vgl. Schulze (2018).

18 Die größte Versammlung fand am 24. Februar 2018 statt, bei der die Beteiligung auf mehrere tausend Personen anstieg. Wie viele Personen tatsächlich an dem Demonstrationszug teilgenommen haben, lässt sich nicht genau feststellen. Während Zukunft Heimat von bis zu 5.000 sprach, berichtete die Lausitzer Rundschau von rund 2.500 Teilnehmenden (Hilscher/Wendler 2018).

19 Der Spruch spielt auf das bekannte Gedicht „Die Lösung“ aus Bertolt Brechts „Buckower Elegien“ an, in dem der Autor sich kritisch mit der Haltung der Staats- und Parteiführung der DDR nach der Niederschlagung des Aufstandes vom 17. Juni 1953

die Innenstadt folgen am Ausgangspunkt der Versammlung weitere Reden. Geschlossen wird die Veranstaltung in der Regel mit einem gemeinsamen Singen der deutschen Nationalhymne beziehungsweise der inoffiziellen Landeshymne „Märkische Heide“.

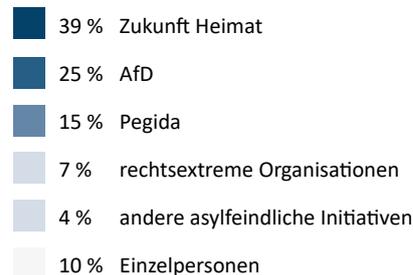
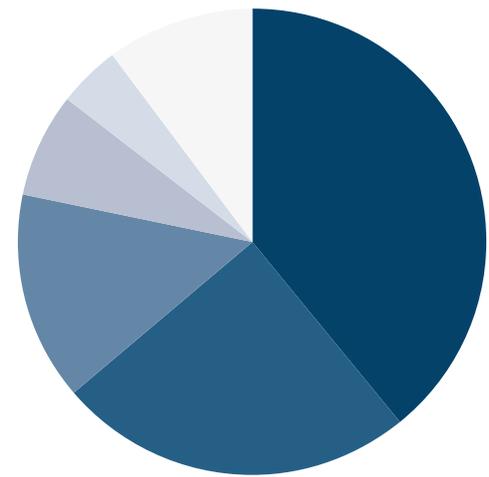
Unter den Demonstrantinnen und Demonstranten sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Allerdings sind verhältnismäßig viele Frauen in exponierten Positionen – etwa hinter dem Leittransparent – zu sehen. Frauen hielten exakt ein Drittel (23) der Reden, ein für rechte Demonstrationen hoher Anteil. Das legt die Vermutung nahe, dass die Verantwortlichen bemüht sind, dem Protest ein „weibliches Gesicht“ zu geben. Dies zeigt sich auch bei den Mobilisierungsaufforderungen. Im Internet wurden einige Versammlungen durch für soziale Medien optimierte Grafiken mit Abbildungen junger Frauen beworben, die die Betrachterinnen und Betrachter direkt und selbstbewusst anzublicken scheinen und denen grafisch die Aussage zugeordnet wurde: „Niemand versteht, warum Schutzsuchende in dem Land, das ihnen Schutz gewährt, bewaffnet durch die Straßen ziehen“.²⁰

Die Akteure

In der öffentlichen Wahrnehmung erscheinen die Demonstrationen von *Zukunft Heimat* überwiegend als relativ spontane, anlassbezogene Proteste aus der Mitte der Cottbuser Bürgerschaft. Bei einer Auswertung der politischen Selbstverortung der Rednerinnen und Redner tritt dagegen die Bedeutung klar strukturierter, ideologisch geprägter Organisationen und Netzwerke für das Demonstrationsgeschehen in den Vordergrund. Folgende Akteursgruppen lassen sich identifizieren:

- *Zukunft Heimat*,
- AfD,
- *Pegida*,
- rechtsextreme Bewegungsdienstleister und -organisationen (wie *Ein Prozent* und *Identitäre Bewegung*),
- andere asylfeindliche Initiativen (wie *Bürgerforum Südbrandenburg*),
- Einzelpersonen.

Von den 69 Wortbeiträgen bestritten Vertreter von *Zukunft Heimat* zusammen 27 (39 Prozent). Die beiden Vereinsvorsitzenden Haberstroh und Berndt stehen deutlich im Mittelpunkt des Demonstrationsgeschehens. Während Anne Haberstroh die Rolle der Leiterin und Moderatorin übernimmt, tritt Christoph Berndt als intellektueller Kopf der Bewegung auf. Von Haberstroh wird Berndt als „Stimme



Redeanteile der Akteursgruppen auf den Demonstrationen des Vereins Zukunft Heimat in Cottbus zwischen Mai 2017 und Februar 2018.

des Widerstands“ bezeichnet oder als „der Mann, für den Hoffnung Pflicht ist“ angekündigt. Haberstroh übernimmt demgegenüber eher die Rolle einer Gastgeberin, Organisatorin und Dienstleisterin; Berndt begrüßt sie als „unsere charmante Anne“.

Der primäre politische Partner von *Zukunft Heimat* ist die AfD. Ihre Politikerinnen und Politiker ergriffen bei den Kundgebungen 17 Mal das Wort (25 Prozent). Auch darüber hinaus besteht eine enge Verbindung. So ist beispielsweise Marian von Stürmer aus Lübbenau, Mitglied des AfD-Landesvorstands, mehrfach als Ordner aufgetreten. Christoph Berndt und Anne Haberstroh riefen 2017 wiederholt zur Wahl der AfD auf (Vgl. R03, R31); Berndt hat inzwischen öffentlich seine Parteimitgliedschaft bekannt gemacht.²¹ Schließlich verzichtete *Zukunft Heimat* am 19. September 2017 auf die turnusgemäß anstehende Kundgebung zu Gunsten der Wahlkampfabschlusskundgebung der brandenburgischen AfD. Der Schulterchluss wirkte sich für die Partei vermutlich werbend, jedenfalls aber nicht nachteilig aus. Mit 26,8 Prozent der Zweitstimmen wurde die AfD im Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße zur stärksten Kraft bei der Bundestagswahl.

auseinandersetze, stellt aber gleichzeitig einen Bezug zum rechtsextremen Motiv des „Großen Austauschs“ her (s.u.) (Vgl. Brecht 1997).

²⁰ Vgl. Zukunft Heimat (2018).

²¹ Vgl. Wendler/Helbig (2018).



*Kundgebung von Zukunft Heimat
in Cottbus, 20. Januar 2018.*

Foto: RechercheNetzwerk Berlin.

Der zweite enge Partner ist mit zehn Cottbuser Auftritten *Pegida* (15 Prozent). Siegfried Däbritz, Gründungsmitglied der Dresdener Organisation, nahm an fast allen Demonstrationen teil. Er sorgte für eine überregionale Wahrnehmung, indem er die Versammlungen über sein Smartphone per Internet-Livestream verbreitete. Neben ihm sprachen in Cottbus der *Pegida*-Gründer Lutz Bachmann sowie Wolfgang Taufkirch. Christoph Berndt war im Gegenzug mehrfach als Redner zu Gast auf den Montagsdemonstrationen von *Pegida* in Dresden.

Unterstützung erfuhr *Zukunft Heimat* von Anfang an durch die rechtsextreme Kampagnen-Agentur *Ein Prozent*, die auf ihrer Webseite für die Demonstrationsreihe warb. Berndt lud in einem Wortbeitrag zum Besuch dieser Webseite ein und trug demonstrativ ein T-Shirt mit dem Logo der Organisation. Jean-Pascal Hohm, AfD-Funktionär und Vorstandsmitglied der AfD-Jugendorganisation *Junge Alternative* in Brandenburg, trat in Cottbus als Vertreter von *Ein Prozent* auf, ebenso der Leiter der Organisation, Philip Stein, und einer ihrer Mitinitiatoren, Götz Kubitschek. Ein weiterer Redebeitrag aus diesem Milieu kam vom regionalen Leiter der *Identitären Bewegung*, Robert Timm. Diesem Spektrum lassen sich fünf Reden zuordnen (7 Prozent).

Mitglieder anderer asylfeindlicher Initiativen spielen mit einem Redeanteil von drei Prozent eine eher untergeordnete Rolle. Zwei Mal traten Angehörige des *Bürgerforums Südbrandenburg* auf, einmal sprach eine Abgesandte des *Frauenbündnisses* aus dem rheinland-pfälzischen Kandel.

Die plakative Partnerschaft mit politischen Akteuren, die teilweise innerhalb des rechten Milieus überregional bekannt sind, soll *Zukunft Heimat* eine größere Bedeutung verleihen und den Cottbuser Demonstrantinnen und Demonstranten vermitteln, dass jeder Einzelne von ihnen Teil einer weitverzweigten, relevanten Bewegung ist. Anne Haberstroh unterstrich diesen Aufwertungseffekt, als sie er-

klärte, „Cottbus“ könne sich, neben *Pegida*, den *Identitären*, Bürgerbewegungen und der AfD, „in die Ruhmeshalle von Walhalla“ (R31) einreihen. Dass man sich als Teil einer breiten Bewegung betrachtet, die ein gemeinsames Anliegen in arbeitsteiligem Vorgehen verfolgt, verdeutlichte Berndt bereits zu Beginn der Kampagne:

„Machen wir keinen Unterschied, ob Pegida oder AfD oder Ein Prozent oder die Identitäre Bewegung oder Bürgerbewegungen. Jede von den Kräften, die sich für den Erhalt unseres Volkes und unseres Nationalstaates einsetzt, hat ihre spezifische Kraft, ihre spezifische Bedeutung, ihre spezifische Gabe. Verstehen wir es als Gesamtkunstwerk, arbeiten wir zusammen, dann werden wir die Verhältnisse ändern können. Im Land und hier in Cottbus“ (R03).

Insgesamt sieben Reden hielten Personen, die sich, ohne eine politische Zugehörigkeit zu benennen, als Mütter, Familienväter, Bürgerinnen oder Bürgerrechtler präsentierten. Die Auftritte dieser überwiegend ungeübten Rednerinnen und Redner sollten dem Anliegen der Bewegung Legitimität und Authentizität verleihen, indem sie zeigen, dass der Golßener Verein *Zukunft Heimat* auf Zustimmung in der Cottbuser Bevölkerung stößt und deren Ansichten und Anliegen vertritt. Die Angst um die Sicherheit von Frauen und Kindern aufgrund des Flüchtlingszuzugs stand in der Regel im Mittelpunkt dieser Beiträge. Verweise auf eigenes Erleben sollten bestätigen, was die Vertreterinnen und Vertreter von *Zukunft Heimat* in ihren Reden abstrakt vortrugen. So nahm ein von Christoph Berndt als „Mann aus dem Volk“ vorgestellter Redner seine kleine Tochter mit auf die Bühne. In seiner Ansprache rief er die Versammelten zum Widerstand auf, um die „Zukunft unserer Kinder“ (R33) sicherzustellen.

ANALYSE DER REDEN

Das Thema Kriminalität

Gegen Straftaten von Flüchtlingen zu protestieren, ist nach eigenem Bekunden das vordringliche Anliegen von *Zukunft Heimat*. Den Ausschlag für die erste Demonstration in Cottbus habe, so der Vereinsvorsitzende Berndt, eine Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe Männer, die einen Junggesellenabschied feierten, und Syrern am 22. Mai 2017 gegeben, bei der mehrere der Feiernden Schnittverletzungen erlitten.²²

Das übergeordnete Motto der Demonstrationen lautet „Grenzen ziehen“. Bei jeder Versammlung erläutern Haberstroh und Berndt, was sie damit meinen: Die Bundesregierung habe seit September 2015 eine Masseneinwanderung herbeigeführt, durch die heute Deutsche von Einwanderern drangsaliert werden. Daher gelte es, Grenzen „nach außen“ und „nach innen“ zu ziehen.

Diese Argumentation basiert auf der Annahme, dass Flüchtlinge zahlreiche Gewaltstraftaten gegen Deutsche begehen. Diesen Eindruck konnte *Zukunft Heimat* im Frühjahr 2017 in Cottbus erwecken, denn der Fall, den der Verein zum Anlass seiner Demonstrationen nahm, war nur eines von mehreren Ereignissen mit ausländischen Beteiligten, die für öffentliche Aufmerksamkeit in der Stadt sorgten.²³

Anknüpfungspunkt ist allerdings nicht das tatsächliche, empirisch erfassbare Kriminalitätsgeschehen, sondern die Wahrnehmung von Kriminalität und die Kommunikation darüber im lokalen und regionalen Kontext.²⁴ Durch die Rednerinnen und Redner werden bestimmte, in der lokalen Öffentlichkeit bereits bekannte Gewalttaten („Junggesellenabschied“) beispielhaft herausgegriffen, durch Meta-

phern emotionalisiert und assoziativ mit anderen Ereignissen zu einem neuen Kontext verbunden, wie das folgende Beispiel aus einer Rede von Christoph Berndt zeigt:

„Multikulti bedeutet (...) rassische, ethnische Konflikte, bedeutet Entsolidarisierung, bedeutet Ellenbogengesellschaft, bedeutet Gewalt und bedeutet Faustrecht, bedeutet Anmache und bedeutet Messerattacken. Das ist Multikulti, das ist die schöne neue Welt, in die uns die Eliten steuern. (...) Multikulti, das ist der Angriff auf einen Junggesellenabschied und das ist der Überfall auf eine Mutter in Spremberg. Und, natürlich, all das sind Einzelfälle, nur Einzelfälle. Aber, um Himmels Willen, wen soll das beruhigen? Jede Kette besteht aus einzelnen Kettengliedern, jede Gruppe besteht aus einzelnen Gruppenmitgliedern, jedes Ding und jede Erscheinung besteht aus einzelnen Teilen. Und eine (...) schier unendliche Kette von alltäglichen Einzelfällen zerstört den inneren Frieden und die innere Solidarität in unserem Lande, nicht weniger als die mittlerweile in immer kürzeren Abständen stattfindenden großen islamistischen Terrorattacken“ (R05).

Flüchtlinge als Feindbild

Viele Rednerinnen und Redner verwendeten für Flüchtlinge abwertende Bezeichnungen. Auffallend ist die zynische Umdeutung von Bezeichnungen, die im ursprünglichen Kontext Empathie mit den Flucht- und Lebensumständen oder Respekt vor den Potenzialen von Flüchtlingen ausdrücken sollten. In derart ironisierender Weise wurden insbesondere die Worte „Fachkräfte“, „Kulturbereicherer“ und „Schutzsuchende“ verwendet.

Flüchtlinge wurden in den Reden als Gruppe nahezu durchgängig mit negativen Eigenschaften belegt und es wurden überwiegend absolute und verallgemeinernde Aussagen über sie getroffen. Eine differenzierende Betrachtung fand kaum statt, es sei denn in der Form rhetorischer Figuren, wie in der Aussage: „Unter diesen Flüchtlingen befinden sich viele Kriminelle, so wie der Mörder von Freiburg oder der Mörder von Berlin“ (R43).

Flüchtlingen wurde eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft und Kriminalitätsneigung zugeschrieben. Wenn dies begründet wurde (was selten der Fall war), wurde auf die Herkunft verwiesen: „Gewalt von Migranten hat erkennbar wenig mit Mangel, aber viel mit kultureller, religiöser und politischer Prägung zu tun“ (R38). Überdies wurde die Gruppe der Flüchtlinge in den Reden fast durchgängig implizit oder explizit als männlich dargestellt.²⁵ Mehrfach un-

22 Stegler/Hofmann (2017).

23 Im März 2017 nahm die Polizei einen minderjährigen syrischen Flüchtling unter dem Verdacht fest, im vorangegangenen Dezember eine Cottbuser Rentnerin ermordet zu haben (Vgl. Dassler 2017). Im Mai 2017 erließ die Stadtverwaltung ein Alkoholverbot für Teile der Innenstadt und die Polizei richtete eine Ermittlungsgruppe ein, weil es mehrfach Auseinandersetzungen am Stadthallenvorplatz gegeben hatte, an denen auch Flüchtlinge beteiligt waren. Andere Vorfälle blieben von *Zukunft Heimat* indes unerwähnt. Im April 2017 wurde eine ägyptische Gaststudentin in der Innenstadt überfahren und verstarb noch vor Ort. Weil Zeuginnen und Zeugen berichteten, das Fahrzeug habe beschleunigt und Insassen hätten das Opfer mit einschlägigen Beschimpfungen verhöhnt, stand der Verdacht einer gezielten, rassistisch motivierten Tat im Raum (Vgl. Fröhlich 2017).

24 Laut Angaben der Polizeiinspektion Cottbus/Spre-Neiße zur Kriminalitätsentwicklung vom 11.4.2018 ist die Anzahl von Straftaten in Cottbus von 11.282 Straftaten im Jahr 2016 auf 9.439 Delikte 2017 zurückgegangen. Die Zahl der in der Stadt lebenden Flüchtlinge nahm im selben Zeitraum von 2.697 auf 4.064 Personen zu. Die Zahl der Straftaten mit Flüchtlingen als Tatverdächtigen blieb nahezu konstant (2016: 386, 2017: 392). Der Anteil der Straftaten mit Flüchtlingen als Tatverdächtige liegt mit 4,1 Prozent in Cottbus im Landesschnitt (Vgl. Hilscher 2018).

25 34 Prozent der knapp 36.000 in Brandenburg lebenden Flüchtlinge sind Frauen und Mädchen, vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2017: 13). In den Reden war dagegen nur an einer von hunderten Stellen, an denen über Flüchtlinge gesprochen wurde,

Mobilisierung zur Kundgebung am 20. Januar 2018 über die Facebook-Seite von Zukunft Heimat.
<https://www.facebook.com/ZukunftHeimat/> geprüft am 24.5.2018

terstellten Rednerinnen und Redner, dass die Flüchtlinge beabsichtigten, Sexualstraftaten gegen deutsche Frauen zu begehen. So behauptete die Sprecherin des *Frauenbündnisses Kandel*, dass „fremde junge Männer unsere Mädchen als jederzeit verfügbare Beute betrachten“ (R59). Die Rede von „Beute“ ist ein kriegerischer Sprachgebrauch. Teilweise kommen auch Tiermetaphern vor. So zeichnete Anne Haberstroh folgendes Bild:

„Es ist alles andere als human in unserem schönen Land geworden. Nehmen wir die Silvesternacht, in der die Goldstücke²⁶ wie hungrige Wölfe über uns Frauen herfallen; oder nehmen wir die lesbische Frau, die auf offener Straße gesteinigt wird; oder nehmen wir uns, denen die nicht weniger als die Trennung von Kopf und Rumpf erwarten, weil wir ungläubig sind. Nehmen wir das Rudel junger Männer, die mit Messern am Samstagabend ihr Heim verlassen, um wenig später friedlich gestimmte Einheimische niederzustecken“ (R20).

Integration hielten viele Rednerinnen und Redner für größtenteils aussichtslos: „Ein großer Teil der Einwande-

ausdrücklich von Frauen die Rede: Simone, eine Vertreterin des Frauenbündnisses Kandel, sprach am 3.2.2018 über Frauen, die „sittsam ein Kopftuch tragen und uns als unreine Sklavinnen betrachten“ (R59).

26 „Goldstücke“ ironisiert eine Aussage des damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments und SPD-Politikers Martin Schulz in seiner Rede über „Heimat, Flucht und Identität“ an der Heidelberger Hochschule für Jüdische Studien vom 9. Juni 2016 (Vgl. Schulz 2016).

rer scheint weder willens noch im Stande zu sein, sich in unserem Gemeinwesen einzufügen“ (R38). Als Ursache wurde zum Teil ein fehlender Integrationswille unterstellt. Flüchtlinge hätten demzufolge nur an Sozialleistungen Interesse. So insistierte der AfD-Politiker Peter Drenke, dass Flüchtlinge nach Deutschland kämen, um „Sozialbetrug durch Mehrfachidentitäten und Vielweiberei und andere kriminelle Trickereien“ (R27) zu begehen. Es dominierte die Ansicht, dass Flüchtlinge nicht nur unwillig, sondern auch unfähig wären, in Deutschland ein friedliches Leben zu führen und die Gesetze zu achten. Als Ursache wurde die muslimische Sozialisation ausgemacht, die Flüchtlingen zugeschrieben wird. Die Wertvorstellungen von Muslimen seien mit den hiesigen unvereinbar (Vgl. R10). Frauen hätten im Islam, so Mathias Lentzsch vom *Bürgerforum Südbrandenburg*, „kaum Rechte“ und „Ungläubige (werden) wie Freiwild behandelt“ (R63).

Das hier gezeichnete Bild der Fluchtmigration ist nicht etwa das einer gescheiterten Integration, sondern das einer islamischen Invasion, gegen die es gelte, die Grundrechte und insbesondere das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zu verteidigen. Frauen werden als Symbole dieser bedrohten Freiheit genutzt. Am deutlichsten wurde dies in einer von großem Beifall begleiteten Rede, die ein Mitglied des *Frauenbündnisses Kandel* in Cottbus hielt, und die in einem Kampfaufruf mündete:

„Lange genug hat man uns eingeredet, wir müssten wie die Lämmer sein, die sich sanft zur Schlachtbank führen lassen. (...) All dies hat jetzt ein Ende. Denn die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar und nun ist die Zeit des Widerstandes gekommen. (...) Wir werden

nicht mehr schweigen. Wir kehren zurück zu unseren Wurzeln und schöpfen Kraft aus unserer Geschichte. Wir sind die Walküren²⁷, die auf Merkels Schlachtfeld mit unseren Männern für die Freiheit unserer Töchter und Enkelinnen kämpfen. Denn wir sind keine Lämmer, wir sind Löwinnen“ (R59).

Bilder des Fremden und Eigenen

„Fremd und Eigen“ sind, sagte Christoph Berndt, „die Grundkategorien allen Lebens“ (R05). Wer und was *Zukunft Heimat* als „fremd“ gilt, lässt sich an den Feindbildern, die bei den Demonstrationen mobilisiert werden, erkennen. So machten die Rednerinnen und Redner unmissverständlich klar, dass Muslime in ihren Augen nicht zum „Eigenen“ gehören können. Dasselbe gilt für „Menschen, die nichts mit unserer Kultur und Tradition zu tun haben“ (R32). Die ethnisch-kulturelle Identität ist hierfür die entscheidende Kategorie. Raum und Volk wurden in den Reden direkt miteinander verbunden: „Das deutsche Land gehört dem deutschen Volk“ (R60). Nach dem Willen von *Zukunft Heimat* darf niemand einen Aufenthalt in Deutschland beanspruchen, der nicht zum „eigenen Volk“ gehört. Entsprechend traten die Rednerinnen und Redner für eine „signifikante Remigration“ (R32), eine „lebendige Abschiebekultur“ (R02) beziehungsweise „schnellstmögliche Remigration hunderttausender“ (R13) ein.

Deutsche hingegen sollten nach Ansicht von *Zukunft Heimat* stolz auf die Leistungen sein, die ihre Vorfahren erbracht haben und von denen sie heute zehrten. Berndt stellte auch Errungenschaften wie Rentenversicherung, Frieden und Demokratie als Quellen deutschen Nationalstolzes dar. Er räumt ein, dass es auch „Kriege und Verbrechen“ in der deutschen Geschichte gegeben habe, hält diese jedoch im Vergleich für nicht hervorhebenswert: „Wo gab es die nicht?“ (R03). Die Deutschen sollten sich nicht einreden lassen, sie gehörten einem „Tätervolk“ an (R21).

Mit den „Völkern Europas“ wurde eine Verbundenheit herausgestellt (Vgl. R60), „außereuropäische Völker“ jedoch wurden mitunter als rückständig und primitiv beschrieben. So behauptete der Landesvorsitzende der AfD, Andreas Kalbitz, Afghanen wären generell gewalttätig, weil sie in Dörfern sozialisiert worden seien, „wo es zum Tagesgeschäft gehört, Frauen zu steinigen“ (R02). Eine grundsätzliche Überlegenheit von „Deutschen“ oder „Europäern“ wird nicht explizit behauptet. Entscheidender war vielmehr die strikte Wahrung von ethnisch homogenen Territorien. In einer Rede Berndts,

bei der er die Bedeutung von Grenzen hervorhebt, wurde dies besonders deutlich:

„Grenzen sind die Grundlage des Lebens. Es gibt kein Lebewesen, das ohne Grenzen existieren kann. Und das Lebewesen, das seine Grenzen verliert, ist gestorben, und der Prozess, der zum Verlust der Grenzen führt, heißt Verwesung. Und das ist der Prozess, in den uns Merkel und die Regierung steuern will, wenn sie sagen: Wir können die Grenzen Deutschlands nicht schützen“ (R05).

Deutschland erscheint hier als siechender Körper, der erkrankte, weil sein Inneres (das deutsche Volk) nicht vor dem Eindringen und dem Vermischen mit dem Äußeren (Angehörigen anderer Völker) geschützt wurde. Solche Körpermetaphern, zu denen immer die Vorstellung einer Infektion durch fremde Organismen gehört, verwendete der Mediziner Berndt mehrfach:

„Jedes Lebewesen ist auf Selbsterhaltung bedacht, und wer es nicht ist, der ist krank. [Diejenigen, die] ihr eigenes Land (...) als ein ‚mieses Stück Scheiße‘ bezeichnen, sind krank. Krank sind auch jene Christen, die sich für den Bau von Moscheen einsetzen“ (R03).

Dass *Zukunft Heimat* und den Demonstrantinnen und Demonstranten stellenweise Fremdenfeindlichkeit und eine Nähe zum Rechtsextremismus vorgehalten wurde, mag angesichts solcher Inhalte nicht überraschen. Die Rednerinnen und Redner sehen die Vorwürfe jedoch als Stigmatisierung und Ausgrenzung von oppositionellen Meinungen. Eine Distanzierung von teils stadtbekanntem, teils durch äußere Kennzeichen (Kleidung, Symbole, Tattoos) identifizierbaren Neonazis unter den Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern lehnte *Zukunft Heimat* ab: „Jeder ist willkommen, der sich unsere Ziele zu eigen macht und friedlich demonstrieren will“ (R14). Manche Rednerinnen und Redner wiesen die negativen Fremdbeschreibungen nicht einfach von sich, sondern griffen diese auf und versuchten, sie durch ironische Brechung, Überspitzung und Umdeutung zu entkräften, wie beispielsweise Ralf aus Cottbus: „Ich bin nach Aussage des Erzengels Gabriel ‚das Pack‘ oder ‚der Pöbel‘ und nach Meinung vom ehemaligen Bundespräsidenten Gauck ‚ein Dunkeldeutscher‘. Nagut, ich bins gerne! (Beifall)“ (R26). Besonders dramatisch inszenierte sich Leyla Bilge: „Leyla Bilge, stolze Deutsche mit kurdischen Wurzeln, outet sich in Cottbus: (...) Ich bin ein Nazi!“ (R12). Die AfD-Politikerin ließ die Provokation einige Sekunden wirken, während derer ein Teil der Menge applaudierte, bevor sie erklärend hinzusetzte: „N-A-Z-I: Nicht anpassungswillig zur Islamisierung“ (ebd.). Positiv gewendet werden auch die eigenen Aktivitäten in der Stadt, die vom „Brennpunkt Cottbus“ zum „Blickpunkt Cottbus“ und

²⁷ Walküren sind in der nordischen Mythologie Kriegerinnen im Dienste des Göttervaters Odin, die auf dem Schlachtfeld getötete Helden in die Ehrenhalle Walhalla führen und bewirten.

damit zu einem „Fixpunkt“ der Protestbewegung werden soll (R05).²⁸

Indes legen die meisten Rednerinnen und Redner Wert darauf, nicht als randständig oder extrem zu erscheinen. Sie erhoben den Anspruch, die „Mitte der Gesellschaft“ zu repräsentieren (Vgl. R60). Häufig riefen die Rednerinnen und Redner wie auch die Versammelten selbst: „Wir sind das Volk.“ *Pegida* hatte die Parole der Leipziger 1989er Montagsdemonstrationen bereits bei ihren Dresdner „Montagsdemonstrationen“ seit 2014 aufgegriffen und völkisch umgedeutet. *Zukunft Heimat* zog ebenfalls Analogien zur Bürgerrechtsbewegung. In einer Rede brachte es der AfD-Politiker Daniel Freiherr von Lützow folgendermaßen auf den Punkt: „1989 war es Leipzig, und heute, liebe Cottbuser, sind es Cottbus und Dresden, von wo aus die heimatliebenden Bürger aufstehen“ (R11). Dieser Rückgriff diene der Selbstlegitimierung, mindestens so sehr aber auch der Delegitimierung der Bundesrepublik, die – wie die DDR – als marodes und autoritäres Regime erscheinen soll. Darüber hinaus sollte den Demonstrantinnen und Demonstranten vermittelt werden, dass ihr Engagement erfolgversprechend ist, weil „die Wende möglich“ (R64) sei. Dieser Umbruch wurde zuweilen als Wiederherstellung eines verloren gegangenen Normalzustandes dargestellt. So meinte der rechtsextreme Aktivist und Verleger Götz Kubitschek: „Was wir heute tun, was die AfD in den Parlamenten tut, was Pegida seit Jahren macht, wir stellen Normalität her, wir rücken die Dinge gerade“ (R65).

Verständnis von Demokratie und Gesellschaft

Die Rednerinnen und Redner nahmen für sich in Anspruch, „lebendige Demokratie“ (R34) und den Rechtsstaat gegen drohende antidemokratische Zustände zu verteidigen. Die Reden brachten eine Weltdeutung zum Ausdruck, der zu Folge sich die Bundesrepublik zu einem autoritären Regime entwickelt habe, das nach Ausführungen des Redners Ulrich Böhm als „DDR 2.0“ (R18) bezeichnet werden könne. Meinungsäußerungen würden „wie damals in der DDR“ (R69) Repressalien nach sich ziehen. Die Demokratie sei dysfunktional, diene „nicht den Deutschen, sondern passiert nur zu Lasten des Steuerzahlers“ (R69). Der Regierung wurde vorgeworfen, dass sie das Volk nicht schütze (Vgl. R09). Man fühle sich „im Stich gelassen“ (R51) und in den Wahlversprechungen durch „Altparteien (...) verladen“ und „getäuscht“ (R23). Alle Parteien, mit Ausnahme der AfD, wurden als aggressive Feinde von Heimat und Tradition dargestellt, denn in

ihren Wahlprogrammen und politischen Reden fänden die Worte „Volk“ und „Deutsche“ keine Erwähnung. Wesentliche Unterschiede zwischen den Parteien gäbe es nicht mehr:

„Die Altparteien stecken voller Kader (...), die das Land in den Abgrund geführt haben, vom Bundespräsidenten bis hin zu den Funktionären in den Kreistagen, in den Kommunen und in den Gemeinden. Und wir wissen, diese Kader sind sich im Kern einig. Das, was uns in derzeit vorgespielt wird in Berlin und anderswo, ist reines Theater. (...) Sie bilden nach wie vor ein Kartell und sie sind sich bis zum Verwechseln ähnlich. Gemeinsam sind sie schuld am deutschen Elend“ (R43).

Demgegenüber sei die AfD „die einzige ernstzunehmende Partei, die der Abschaffung unseres Staates und unseres Volkes entgegen tritt“ (R14). Ihr Einzug in den Bundestag sei ein „Teilerfolg“ (R38) für die Bewegung, langfristiger Erfolg sei jedoch nur zusammen mit dem „Druck auf der Straße“ (ebd.) zu erzielen. Die AfD sei die Partei, die die anderen Parteien daran erinnern würde, „deutsche Interessen zu vertreten“ (R69). Der AfD-Landesvorstand Daniel Freiherr von Lützow rief dazu auf, in die AfD einzutreten, denn die Partei müsse wichtige Posten besetzen. Der Eintritt in die AfD diene dem Schutz der Heimat: „Jeder, der irgendwo sein Land verteidigen muss, muss in der AfD seine Heimat finden, seine politische Heimat“ (R46). Schließlich sollten die Protestbewegung und die AfD als parlamentarischer Arm gemeinsam wirken – die einen als „Unterbau“ auf der Straße, die anderen als politischer „Überbau“ in den Parlamenten (Vgl. R67). Daher forderten viele Redner eine stärkere Vernetzung zwischen der AfD und der Straßenbewegung. Der AfD-Politiker Hansjörg Müller meinte, dass „das Volk dem Untergang geweiht“ sei, wenn „in den Parlamenten Selbstverleugner sitzen“ (R69). Die einzige Möglichkeit, diesem „Untergang“ entgegen zu wirken, sei die Vernetzung zwischen der Parlamentsarbeit und der Straße.

Besonders Politikerinnen und Politiker der AfD, aber auch andere Rednerinnen und Redner, bezogen sich in ihren Reden explizit auf das Grundgesetz. Allerdings beschränkte sich diese Bezugnahme weithin auf zwei Aspekte: Den Schutz der Grenzen und den Begriff des Volkes im Grundgesetz. Nach Auffassung der Redner gehört „kein Anderer (...) zum deutschen Volk als Deutsche“ (R36). Daher sollen im Grundgesetz verankerte Rechte auch nur für Deutsche Gültigkeit besitzen: „Im Grundgesetz steht ganz klar, das Grundgesetz ist für uns Deutsche und da steht alles abgeleitet drin“ (ebd.). Das Vorgehen der Regierung wird als Angriff auf das Grundgesetz gewertet:

„Da sagt sie [Angela Merkel] ‚Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt‘. Lassen Sie sich das bitte mal auf der

²⁸ Bereits am 13.6.2017 kündigte Christoph Berndt ein regionales „Zentrum der Vernetzung“ in Cottbus an. Er benannte die AfD, Ein Prozent und Zukunft Heimat als Träger des Projekts (R05). Am 8. Mai 2018 kündigte Ein Prozent in ihrem Newsletter an, dass ein Verein „Bürgertreffpunkt“ einen Infoladen in der Cottbuser Innenstadt eröffne (Ein Prozent 2018).



Demonstration von Zukunft Heimat in der Cottbuser Innenstadt, 18. Juli 2017.

Am AfD-Transparent Peter Drenke (AfD) und Siegfried Däbritz (Pegida).

Foto: RechercheNetzwerk Berlin.

Zunge zergehen. Dieser Satz hat nur Sinn, wenn es kein deutsches Volk gibt, keine Grenzen und kein Grundgesetz“ (R36).

Die ethnisch-nationalistische Ausdeutung des Volksbegriffs entspricht insgesamt weder dem pluralistischen Kerngehalt der deutschen Verfassung, noch dem geltenden Staatsangehörigkeitsrecht und auch nicht der europäischen Menschenrechtskonvention. Die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte gelten allgemein. Ein während einer Cottbuser Demonstration als unveräußerliches Menschenrecht proklamiertes „Recht auf Heimat“ (R69) ist dagegen weder in der deutschen Verfassung verankert noch international anerkannt.

Vor dem Hintergrund des Volksbegriffes, welcher mit dem Grundgesetz in Verbindung gebracht wird, werden „volksfeindliche“ Handlungen, also diejenigen Handlungen, die nicht dem Interesse der als Volk bezeichnenden Bewegung auf der Straße entsprechen, als „Verfassungsbruch“ gewertet. Christoph Berndt formulierte und systematisierte das Motiv des Verfassungsbruchs folgendermaßen:

„Angela Merkel verhöhnt das Volk, wenn sie davon spricht, dass Deutschland seine Grenzen nicht schützen könnte. Angela Merkel (...) verachtet das Volk, wenn sie uns als eine Gruppe der schon länger Lebenden hier bezeichnet. Und Angela Merkel bekämpft das Volk, wenn sie dekretiert, zum Volk gehörten unterschiedslos alle, die sich hier im Land aufhalten. All das ist ein Bruch der Verfassung“ (R32).

Zwar schwang in den Reden regelmäßig mit, dass die politischen Eliten nicht die Interessen des deutschen Volks vertreten, doch wurde selten ausgeführt und allenfalls angedeutet, in wessen Interesse sie eigentlich handeln würden.

Zu Grunde liegt die Behauptung, die Eliten würden planvoll an einem „Austausch“ des deutschen Volkes arbeiten. Einwanderung und Einbürgerungen wurden als Instrumente dieser gegen das deutsche Volk gerichteten Politik dargestellt.

In einigen Reden wurden Forderungen nach mehr plebiszitären Elementen erhoben. Der AfD-Politiker Sven Schröder fasste die programmatische Forderung seiner Partei folgendermaßen zusammen: „Wir, die Alternative für Deutschland, wollen einen anderen Parlamentarismus nach dem Vorbild der Schweiz. Wichtige Beschlüsse des Parlaments sollen erst durch eine Volksabstimmung legitimiert werden“ (R23). Gleichzeitig wurde ein Machtzuwachs für den Bundespräsidenten angestrebt. Christoph Berndt forderte den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier beispielsweise in einer Rede auf, parlamentarische Entscheidungen wie das Gesetz zum Familiennachzug für Personen mit subsidiären Schutzstatus ebenso wenig zu unterzeichnen, wie die Ernennungsurkunde von Angela Merkel für die nächste Amtszeit als Bundeskanzlerin (Vgl. R64). Vielmehr solle er Neuwahlen des Bundestages und des Bundespräsidenten anordnen, wobei der Bundespräsident dann direkt zu wählen sei. Diese Argumentation folgt der Logik, wonach die Interessen des Volkes, als dessen außerparlamentarische Vertretung die Bewegung sich mit Rufen wie „Wir sind das Volk“ auf den Versammlungen inszeniert, im Bundestag nicht vertreten werden.

Das Bild der Eliten

Aus Sicht der Rednerinnen und Redner ist die Lage in Cottbus und Deutschland angesichts der „Masseneinwanderung“ dramatisch: „Uns Deutschen droht nicht weniger als der Verlust unseres Landes“ (R32). Christoph Berndt schilderte die Fluchtmigration als ein von Eliten aktiv her-

der Bühne herab namentlich angesprochen wurden. Die Medien seien „gekauft“ (Vgl. R61) und würden systematisch „Gewalt gegen Einheimische“ verschweigen, das Volk „verarschen“ und die Protestbewegung diffamieren (Vgl. R03, R12, R32, R60).

Widerstands-Aufrufe

„Widerstand!“ gehört zu den Parolen, die Cottbuser Demonstrantinnen und Demonstranten regelmäßig skandierten und Rednerinnen und Redner wiederholt beschworen. So kündigte der AfD-Landesvorsitzende Andreas Kalbitz zu Beginn der Kampagne an:

„Wir werden so lange Widerstand leisten, bis sich die Verantwortlichen entweder bemühen, was zu ändern, oder wir werden was ändern, und zwar erst bei den Verantwortlichkeiten, politisch, und dann an den Zuständen“ (R02).

Wenn Rednerinnen und Redner bei *Zukunft Heimat* ein Recht auf Widerstand beanspruchten, verwies dies teils explizit, teils implizit auf Artikel 20 Absatz IV des Grundgesetzes. Das 1968 verankerte Widerstandsrecht war indes von Anfang an als defensives Recht formuliert worden, um einen Staatsstreich zu verhindern. Als Voraussetzung einer rechtmäßigen Anwendung gilt, dass die verfassungsmäßige Ordnung insgesamt abgeschafft werden soll, und dass alle legalen Mittel zum Schutz dieser Ordnung ausgeschöpft sind.³⁰ Rechtsverstöße sind also bei gegebener Lage unter Berufung auf diesen Grundgesetzartikel nicht straffrei gestellt. Eine entgegengesetzte Auffassung verbreitet der rechtsextreme Jurist Thor von Waldstein in einem von Götz Kubitschek publizierten Gutachten.³¹ Ähnlich argumentiert der emeritierte Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, der als Verfahrensbevollmächtigter von *Ein Prozent* 2016 vergeblich Verfassungsbeschwerde gegen die Asylpolitik der Bundesregierung führte.³²

Die Rede von Widerstand knüpfte zugleich an ältere Traditionen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik an. Als „Aktion Widerstand“ startete 1970 unter Führung der NPD eine Kampagne, deren Symbol, ein W auf rotem Grund, von ihrer Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (inzwischen: *Junge Nationalisten*) bis heute verwendet wird. Es war auch am 24. Februar 2018 auf Fahnen in der *Zukunft-Heimat*-Demonstration zu sehen. Bei der Demonstration am 17. März 2018 wurde eine Fahne mitgeführt mit dem in Fraktur geschriebenen Schriftzug: „Widerstand lässt sich nicht verbieten“. Diese Parole kam nach Verbotsverfügungen gegen mehrere neonationalsozia-

listische Organisationen in den 1990er-Jahren im rechts-extremen Lager auf. In der Spree-Lausitz-Region bestand bis zu ihrem Verbot 2012 eine *Widerstandsbewegung Südbrandenburg*, die ab 2006 eine thematisch mit der aktuellen Kampagne verwandte Agitation unter der Parole „Die Demokraten bringen uns den Volkstod“ betrieb.

Allerdings hat *Zukunft Heimat* bislang nicht zur Anwendung von Gewalt aufgerufen. Auf den Kundgebungen betonten die Rednerinnen und Redner die Notwendigkeit eines friedlichen und gewaltfreien Protests. Es treibe „die Medien zur Weißglut, wenn sie einmal mehr sagen müssen: Die Kundgebung verlief friedsam und ohne Zwischenfälle“ (R50). In diesem Fall verwendete *Zukunft-Heimat*-Aktivistin Anne Haberstroh ein taktisches Argument. Gewaltbejahende rechtsextreme Symbolik (etwa T-Shirts „Anti-Antifa“ mit Schlagringen) war gleichwohl auf den Demonstrationen zu sehen. Die Teilnahme von Neonazis, die teils als einschlägig verurteilte Täter bekannt sind, wurde nicht problematisiert, rechte und rassistische Gewalt in Cottbus oder andernorts³³ nicht thematisiert.

Eine grundsätzliche Bewertung des Verhältnisses der Protestierenden zu Gewalt lässt sich auf Grundlage der hier verwendeten Materialien und Methoden nicht vornehmen. Einige Äußerungen deuten darauf hin, dass der Gewaltverzicht vorrangig aus taktischen Motiven erfolgt. So äußerte Christoph Berndt,

„die Kanzlerin und ihr Beistand sollten dem Volk auf Knien danken, dass es selbst nach der Öffnung der Grenzen und nach der Offenhaltung der Grenzen, die doch ein beispielloser Angriff auf unsere Identität und unsere Zukunft sind, dass es auch danach ausnahmslos friedlich protestiert“ (R32).

Für die Zukunft entwarf Berndt ein drohendes Bürgerkriegsszenario:

„Der geplante Familiennachzug von vielleicht zwei oder mehr Millionen Menschen aus Syrien, sogenannten Syrern, die geplante legale Migration aus Afrika, sie werden die schon jetzt bestehenden sozialen, ethnischen und religiösen Konflikte verschärfen und sie werden den Zerfall unserer Ordnung beschleunigen. Und dann wird absehbar eine Situation eintreten, in der die Regierenden nicht mehr können wie bisher und die Regierten nicht mehr wollen wie bisher“ (ebd.).

Doch äußerte er die Hoffnung: „Wir werden das Merkel-Regime überwinden und wir haben die Kraft, uns in den aufziehenden Stürmen zu behaupten“ (ebd.).

30 Vgl. Isensee (2013).

31 Vgl. Waldstein (2016).

32 Schachtschneider (2016).

33 Opferperspektive (2018).



Teilnehmer der Demonstration von Zukunft Heimat in Cottbus, 13. Juni 2017. Das T-Shirt mit dem Schriftzug „Anti-Antifa“ zeigt einen Reichsadler, der anstelle von Eichenlaubkranz und Hakenkreuz einen Schlagring in den Klauen hält.

Foto: JFDA.

FAZIT

Gegenstand der vorliegenden Studie sind die Demonstrationen der Cottbuser Protestkampagne des Golßener Vereins *Zukunft Heimat* in den Jahren 2017 und 2018. Das Untersuchungsobjekt bildeten die Redebeiträge bei diesen öffentlichen Kundgebungen. Im Mittelpunkt stand eine inhaltliche Analyse nach den Kategorien Sach-, Selbst- und Gegnerdarstellung. Zu diesem Zweck waren die Reden auf ihren Ort und ihre Funktion im Kontext der Protestereignisse hin zu analysieren. Dabei wurde gefragt, welche Bilder von Gesellschaft und von gesellschaftlichen Konflikten gezeichnet und wie dabei Flüchtlinge, die politischen Eliten und die flüchtlingsfeindlichen Proteste dargestellt wurden. Die Fragestellung ergibt sich unter anderem aus der öffentlichen Debatte um die Proteste.

Bezüglich der Charakterisierung der Flüchtlinge fällt die durchweg negative, verallgemeinernde Darstellungsweise auf. Flüchtlinge wurden als gefährlich und kriminell präsentiert. Besonders für Frauen seien sie eine Bedrohung. Die Existenz von Fluchtgründen wurde weitgehend negiert, und auch in anderer Hinsicht erschienen Flüchtlinge als betrügerisch. Ironisierende Bezeichnungen verstärkten die programmatische Verweigerung von Empathie. Diese Sicht auf „Fremde“ baut auf klar rassistischen Prämissen auf.

Doch gelten die Flüchtlinge nicht als das einzige Problem. Vielmehr wurde ein Bild gesellschaftlicher Eliten konstruiert, welche bewusst und absichtsvoll dem deutschen Volk Schaden zufügen, es aktiv „abschaffen“ oder „austauschen“ wollen. Hinter der proklamierten Eliten- und Politikkritik verbirgt sich eine Institutionenfeindlichkeit, die unter anderem Politik, Kirchen, Gewerkschaften, Medien und das Bildungssystem angreift. In den Wortbeiträgen wurde daher nicht konkrete Politik – etwa der Bundesregierung im Jahr 2015 – als hilflos, falsch oder unangemessen kritisiert. Vielmehr wurden bestimmte Anlässe und Entscheidungen zum Beleg für das schädliche Verhalten und die bösen Absichten

der Eliten stilisiert. Neben den Flüchtlingen seien demnach auch die Eliten volksfremd, bedrohlich und kriminell. Dabei ließen die Rednerinnen und Redner weithin offen, in wessen Interesse oder zu welchem Zweck – jenseits persönlicher Bereicherung – diese politische Verschwörung stattfindet. Mit der Behauptung, die Politik der Eliten diene dem „Austausch“ des Volkes, wurde in den Redebeiträgen – wie auch auf Schildern und Transparenten – ein Bild mobilisiert, das auf rechtsextreme Kampagnen „gegen den Volkstod“ verweist. Derartige Vorstellungen lassen mindestens latent antisemitische Weltbilder erkennen.³⁴ Dem Narrativ der Redebeiträge zu Folge, erzeugen das Handeln der Eliten und das Verhalten der Flüchtlinge einen katastrophenhaften Zustand gesellschaftlichen Verfalls und Niedergangs.

Den gesellschaftlichen Eliten und den Flüchtlingen wird ein deutsches Volk als „Wir“ und als „Eigenes“ gegenübergestellt, welches Opfer der Eliten-Verschwörung und der fremden Landnahme sei. Die Protestierenden erscheinen dagegen als legitime Kraft des Widerstands. In den Wortbeiträgen kommt wiederholt zum Ausdruck, dass sie sich als Sprecher im Namen des deutschen Volkes an sich verstehen. Daraus werden das Recht und der Anspruch abgeleitet, die politischen Verhältnisse in Deutschland und die geltende Verfassungsordnung fundamental und auf einem verfassungsgemäß nicht vorgesehenen Wege zu verändern.

Die Ergebnisse der Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Zusammensetzung der Rednerinnen und Redner lässt erkennen, dass die Cottbuser Kampagne des Vereins *Zukunft Heimat* eingebunden ist in eine breitere flüchtlingsfeindliche Bewegung. In dieser Bewegung fungiert die AfD als parteipolitischer und parlamentarischer Arm und präsentiert sich entsprechend. Darüber hinaus sind der Verein und die Cottbuser Kampagne ein-

³⁴ Vgl. Botsch/Kopke (2018).

gebettet in ein dichtes Netz regionaler und überregionaler, teils offen rechtsextrem auftretender Akteure und Netzwerke.

2. Die Verortung der Redebeiträge im Protestgeschehen lässt eine strukturierte, durchdachte Kampagnenform erkennen, bei der den einzelnen Rednerinnen und Rednern klare Funktionen im Gesamtgeschehen zugeordnet werden können. Die Befunde zu 1. und 2. stehen in Spannung zur Annahme eines relativ spontanen, maßgeblich durch Empörung über eine regionale Konfliktdynamik motivierten Bürgerprotests.
3. Verbreitete Ängste, Sorgen und Bedenken im Zusammenhang mit Migration und Kriminalität werden in den Wortbeiträgen gezielt aufgegriffen und durch emotionalisierende Ansprache oder ironisierende Empathieverweigerung verschärft. Im Rahmen der Redebeiträge werden diffuse Sorgen in ein bemerkenswert konsistentes Weltbild eines fundamentalen Nationalismus und eines ethnischen Volksverständnisses überführt. Sie werden mit darüber hinausreichenden Zielen und Forderungen verbunden – insbesondere einem Eliten-Austausch und Systemwechsel weg vom parlamentarisch-partizipativen hin zum plebiszitär-autoritären Regierungssystem.
4. Die „Sprache der Asylkritik“ weist im Rahmen der Cottbuser Kampagne von *Zukunft Heimat* erhebliche Schnittstellen zu rechtsextremen Ideologien und Denkweisen auf. Demgegenüber sind Anknüpfungspunkte an pluralistisches beziehungsweise den Menschenrechten verpflichtetes, demokratisch-zivilgesellschaftliches Gedankengut kaum zu erkennen. Namentlich die in den Reden artikulierten Begriffsbedeutungen von „Volk“ und „Demokratie“ stehen in einem Spannungsverhältnis zu den entsprechenden Konzepten im Sinne des Grundgesetzes. In den Reden wird ein radikal ethnischer Begriff von Volk und Nation vertreten und ein rassistisches Feindbild „Flüchtling“ mobilisiert. Mit dem unterstellten „Austausch“ des Volkes wird ein eindeutig rechtsextremes Motiv verwendet, das offen für antisemitische Verschwörungsmotiven ist. Mit ihrem öffentlichen Aufruf zu Widerstand, zu einem Austausch der Eliten und einem grundsätzlichen Systemwandel stellt sich die Kampagne in fundamentalen Gegensatz zur parlamentarischen und pluralistischen Verfassungs- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Zu beachten bleibt demgegenüber, dass *Zukunft Heimat* eine Strategie gewaltfreien Protests bewirbt und sich mindestens taktisch von extralegalen Gewaltanwendungen abgrenzt.

Ungeachtet der durch diese Studie nicht ermittelbaren Motivationen und subjektiven Anschauungen der Teilnehmenden ist im Ergebnis der Analyse der Redebeiträge bei der Cottbuser Protestkampagne von *Zukunft Heimat* von einer rechtsextremen Kampagne im Rahmen einer breiteren flüchtlingsfeindlichen Protestbewegung auszugehen.

LITERATUR UND QUELLEN

Zitierte Reden

- Christoph Berndt: R03 (30.5.2017), R05 (13.6.2017), R09 (27.6.2017), R14 (18.7.2017), R32 (12.9.2017), R43 (7.11.2017), R60 (3.2.2018), R64 (24.2.2018).
 Leyla Bilge: R12 (18.7.2017).
 Ulrich Böhm: R 18 (1.8.2017).
 Siegfried Däbritz: R13 (18.7.2017), R67 (24.2.2018).
 Peter Drenke: R27 (29.8.2017).
 Enrico aus Cottbus: R33 (12.9.2017).
 Ralf aus Cottbus: R26 (29.8.2017).
 Anne Haberstroh: R06 (27.6.2017), R20 (15.8.2017), R31 (12.9.2017), R38 (7.11.2017), R50 (20.1.2018).
 Andreas Kalbitz: R02 (30.5.2017).
 Daniela Köhler: R51 (20.1.2018).
 Götz Kubitschek: R65 (24.2.2018).
 Mathias Lentzsch: R63 (3.2.2018).
 Daniel Freiherr v. Lützow: R11 (18.7.2017), R46 (31.12.2017).
 Hansjörg Müller: R69 (24.2.2018).
 Matthias Scholz: R34 (12.9.2017).
 Sven Schröder: R23 (15.8.2017).
 Simone aus Kandel: R59 (3.2.2018).
 Wolfgang Taufkirch: R61 (3.2.2018).

Literatur

- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2018): Der „Volkstod“. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg: Martha Press, S. 63-90.
- Brecht, Bertolt (1997): Die Lösung, in: ders.: Ausgewählte Werke in sechs Bänden. Dritter Band: Gedichte 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 404.
- Bundesministerium des Innern (2013): Verfassungsschutzbericht 2012, Berlin: Bundesministerium des Innern.
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015): Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin: Protest- und Bewegungsforschung e.V.
- Geiges, Lars (2018): Wie die AfD im Kontext der „Flüchtlingskrise“ mobilisierte. Eine empirisch-qualitative Untersuchung der „Herbstoffensive 2015“. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 28 (1), S. 49–69.
- Geiges, Lars/Marg, Stine/Walter, Franz (2015). Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Holzer, Willibald I. (1993): Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien: Deuticke, S. 11-96.
- Institut für Demokratieforschung (2016): Büchse der Pandora? PEGIDA im Jahr 2016 und die Profanisierung rechtspopulistischer Positionen. Abschlussbericht des Forschungsprojekts, Göttingen
- Isensee, Josef (2013): Widerstandsrecht im Grundgesetz, in: Birgit Enzmann (Hrsg.): Handbuch Politische Gewalt. Formen – Ursachen – Legitimation – Begrenzung, Wiesbaden: Springer VS, S. 143-203.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Mair, Birgit (2015): Pegida Nürnberg. Analyse der Redeinhalte, online unter: <http://www.isfbb.de/download/Aufsatz-Pegida-ENDFASSUNG.pdf> (abgerufen am: 25.4.2018).
- Patzelt, Werner J./Klose, Joachim/Currle, Philipp/Pflugrand, Lisa/Segelke, Sven/Weißenhorn, Laura (Hrsg.) (2016): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden. Dresden: Thelem Universitätsverlag.
- Schulze, Christoph (2018): Konsolidierung eines Milieus, Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle 3, Potsdam: Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien.
- Sellner, Martin (2016): Der Große Austausch in Deutschland und Österreich. Theorie und Praxis, in: Camus, Renaud (Hrsg.): Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda: Verlag Antaios, S. 189-211.
- Vorländer, Hans/Herold, Maik/Schäller, Steven (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS.
- Waldstein, Thor von (2016): „Wir Deutsche sind das Volk“. Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV Grundgesetz in der Flüchtlingskrise, Wissenschaftliche Reihe, Heft 28, Schnellroda: Verlag Antaios.
- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (2017): Menschen mit Migrationshintergrund, ausländische Bevölkerung, Flüchtlinge/Asylsuchende. Daten und Grafiken, online unter: http://www.masgf.brandenburg.de/media_fast/4055/KOMPENDIUM-12-2017.pdf (abgerufen am: 5.3.2018)
- Opferperspektive (13.3.2018): Anzahl rechter Gewalttaten in Brandenburg ungebrochen hoch. Pressemitteilung vom 13.3.2018, online unter <http://www.opferperspektive.de/aktuelles/anzahl-rechter-gewalttaten-in-brandenburg-ungebrochen-hoch> (abgerufen am: 5.5.2018).
- Sächsische Zeitung (13.3.2018): Ist „Zukunft Heimat“ rechtsextrem?, online unter: <https://www.sz-online.de/nachrichten/ist-zukunft-heimat-rechtsextrem-3897145.html> (abgerufen am 15.5.2018).
- Schachtschneider, Karl Albrecht (2016): Verfassungsbeschwerde, online unter: <https://einprozent.de/pdf/vfb-lang.pdf> (abgerufen am: 7.5.2018).
- Schulz, Martin (2016): Heimat, Flucht und Identität in Zeiten der Globalisierung. Vortrag an der Hochschule für jüdische Studien Heidelberg am 9. Juni 2016, online unter: http://www.hfjs.eu/md/hfjs/aktuell/2016-06-09_heidelberger_hochschulrede_redetext.pdf (abgerufen am: 24.5.2018).
- Stegler, Daniel/Hofmann, Rüdiger (17.05.2017): Junggesellenabschied in Cottbus endet mit Messerstecherei, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/junggesellenabschied-in-cottbus-endet-mit-messerstecherei_aid-4087937, (abgerufen am: 5.3.2018).
- Wendler, Simone/Helbig, Michael (1.5.2018): Maifeiern im Zeichen der Flüchtlingsdebatte, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/maifeiern-im-zeichender-fluechtlingsdebatte-in-cottbus_aid-22281323 (abgerufen am: 5.5.2018).
- Wendler, Simone (23.4.2015): Kein idealer Ort für Flüchtlinge, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/nachrichten/kein-idealer-ort-fuer-fluechtlinge_aid-2632720 (abgerufen am: 5.4.2018).
- Zuerst! (2018): „Kein Sprint – ein Marathonlauf!“, in: Zuerst! Deutsches Nachrichtenmagazin, 9. Jg., Heft 6, S. 16-18.
- Zukunft Heimat (31.10.2016): Ein Jahr Zukunft Heimat: WAS DU TUST, BEDENKE DEN ANFANG, online unter: <https://www.facebook.com/ZukunftHeimat/posts/602184576627952> (abgerufen am 5.4.2018).
- Zukunft Heimat (15.1.2018): DEMONSTRATION: 20. JANUAR 2018, COTTBUS, online unter: <https://www.facebook.com/ZukunftHeimat/photos/a.463368563842888.10733741828.462460530600358/810216325824775/> (abgerufen am: 6.4.2018).

Artikel

- Berg, Carmen (22.4.2015): 100 Flüchtlinge sind Züthen zu viel, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/luckau/100-fluechtlinge-sind-zuetzen-zu-viel_aid-3996915 (abgerufen am: 5.3.2018).
- Berg, Carmen (14.2.2017): Der Radwegebau nimmt Gestalt an, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/luckau/der-radwegebau-nimmt-gestalt-an_aid-3056526 (abgerufen am: 5.3.2018).
- Dassler, Sandra (5.3.2017): Ein Mord verunsichert Cottbus, in: Tagesspiegel, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/nach-tod-einer-rentnerin-ein-mord-verunsichert-cottbus/19473216.html> (abgerufen am: 5.3.2018).
- Ein Prozent (2018): Cottbus: Patriotischer Infoladen eröffnet. Rundbrief vom 8.5.2018.
- Fröhlich, Alexander (27.4.2017): Studentin aus Ägypten erst angefahren und dann verhöhnt, in: Tagesspiegel, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/toedlicher-autounfall-in-cottbus-studentin-aus-aegypten-erst-angefahren-und-dann-verhoeht/19723060.html> (abgerufen am: 5.3.2018).
- Hilscher, Andrea/Wendler, Simone (24.02.2018): Anti-Flüchtlingsdemo von „Zukunft Heimat“: Kubitschek erklärt in Cottbus Zivilgesellschaft zum „Gegner“, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/kubitschek-erklart-in-cottbus-zivilgesellschaft-zum-gegner_aid-7583683 (abgerufen am: 17.5.18).
- Hilscher, Andrea (11.4.2018): Zahl der Verbrechen nimmt ab, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/zahl-der-verbrechen-in-cottbus-und-spree-neeisse-nimmt-ab_aid-14883217 (abgerufen am: 12.4.2018).
- Hoberg, Ingrid (2.12.2016): Alle wollen Radweg an der B96, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/luebben/alle-wollen-radweg-an-der-b-96_aid-3117289 (abgerufen am 5.3.2018).
- Keilbach, Birgit (14.12.2015): 165 Päckchen für Flüchtlinge, in: Lausitzer Rundschau, online unter: https://www.lr-online.de/lausitz/luckau/165-paechchen-fuer-fluechtlinge_aid-3301764 (abgerufen am: 5.3.2018).
- Landtag Brandenburg (13.3.2018): Welche Ziele verfolgen der Verein „Zukunft Heimat“ und seine Verbündeten?, Drucksache 6/8367, online unter: https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_8300/8367.pdf, (abgerufen am: 30.4.2018).

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28 09 40

moses@mmz.uni-potsdam.de

www.mmz-potsdam.de

Redaktion: Gideon Botsch und Christoph Schulze

Druck: Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin

ISSN: 2569-0906 (Print), 2944-0173 (Online)



Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate sowie für Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Fotorechte verbleiben bei den Rechteinhaber:innen.